

**Der Grosse Rat
des Kantons Bern**

**Le Grand Conseil
du canton de Berne**

Donnerstag, (Nachmittag), 7. Juni 2018

Finanzdirektion

76 2018.RRGR.34 Motion 006-2018 SP-JUSO-PSA (Näf, Muri) Zukunftsfonds – Für einen innovativen Kanton Bern

Präsident. Wir kommen zu Traktandum 76, einer Motion SP-JUSO-PSA, Näf: «Zukunftsfonds – Für einen innovativen Kanton Bern». Die Regierung will die Motion als Postulat annehmen. Ich erteile dem Motionär, Grossrat Näf, das Wort.

Roland Näf, Muri (SP). Ich nehme natürlich die Stichworte Penalty und Chance der Finanzdirektorin sehr gerne auf. Jetzt stellt sich einfach die Frage: Wie schiessen wir diesen Penalty? Ich denke, wenn wir uns im europäischen Umfeld umschaun, sind wir eigentlich ein glücklicher Kanton, weil wir hier in diesem Saal überhaupt über so etwas diskutieren können. Ich spüre auch – und das freut mich natürlich ausserordentlich –, dass eine gewisse Einigkeit zwischen der Finanzdirektorin und der SP-JUSO-PSA-Fraktion besteht. Ich habe mit Freude vernommen, was die Finanzdirektorin in Bezug auf Fonds gesagt hat. Was mich noch mehr freut ist, dass man – ich nehme die Worte der Finanzdirektorin wieder auf – den Kanton weiterentwickeln will. Wir alle hier im Saal wollen wohl den Kanton vorwärtsbringen. Für uns stellt sich einfach die Frage – und ich glaube, das ist der Unterschied, den wir diskutieren müssen –, wofür wir dieses einmalige Geld einsetzen wollen, das uns zur Verfügung steht. Es ist ein wenig wie bei einem Zahlenlotto. Wollen wir dies wirklich für Investitionen verwenden? Für mich persönlich sind Investitionen ein Pfad, der schon ziemlich ausgetreten ist, den wir schon oft gegangen sind. Deshalb frage ich mich, ob wir nicht einmal etwas Neues versuchen wollen, wenn wir einmal so einen Penalty, so eine Chance haben. Was heisst das, etwas Neues ausprobieren? Diesbezüglich möchten wir von der SP-JUSO-PSA in eine andere Richtung gehen. Wir möchten schauen, ob jetzt der Zeitpunkt gekommen ist, die Herausforderungen anzugehen, die auf diesen Kanton warten und die einiges durcheinanderbringen werden. Darüber haben wir diese Woche bereits mehrfach gesprochen: Digitalisierung, Leute, die deshalb wahrscheinlich in Zukunft keinen Arbeitsplatz mehr haben werden, oder Leute, die ausgesteuert werden. Auch dies haben wir heute schon gehört. Ich denke, es wäre gut, wir würden etwas Neues probieren und nicht, wie immer, einfach etwas mehr investieren. Wir wissen alle, was investieren heisst. Das wirkt sich mit den Abschreibungen auf die laufende Rechnung aus. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, machen Sie mit bei der SP! Sie sehen konkret unter Punkt 2 unsere Vorschläge, wie dieser Penalty zu schiessen, wie dieses Geld zu verwenden ist. Zu den Punkten 1 und 3 möchte ich bemerken, dass es genau das ist, was die Regierung in Bezug auf Investitionsfonds will. Deshalb bitten wir Sie, unsere Motion zu unterstützen.

Präsident. Ich erteile dem Mitmotionär, Grossrat Gullotti, das Wort.

Hervé Gullotti, Tramelan (SP). Je remercie le gouvernement pour sa réponse. Celle-ci ne va toutefois pas tout-à-fait dans le sens envisagé, mais je laisse pour le moment au Conseil-exécutif le bénéfice du doute et le soin de convaincre que son option est satisfaisante. La motion telle qu'elle est formulée ne demande pas la création d'un fonds d'investissement pour les routes et les bâtiments sur la période de 2022 à 2027. Elle vise bel et bien la création d'un fonds pour la formation et l'insertion professionnelle des bénéficiaires de l'aide sociale et des réfugiés et les permis F reconnus. Elle a un caractère purement social et elle invite le canton à redonner l'espoir à ses habitants dans un contexte politique de restriction financière vis-à-vis des plus faibles. Le jeu de la démocratie permet au Conseil-exécutif de solliciter l'appui à sa politique d'investissement par le biais d'une telle réponse. D'une empreinte sociale, la motion a pris une teinte financière et est traitée par la direction des finances, dont acte! Faisant contre mauvaise fortune bon cœur, je suis satisfait de dire que dans les investissements prévus, le Conseil-exécutif laisse la porte ouverte à des investissements dans le domaine de la formation et de la recherche médicale. Mais pour l'heure, en attendant les

débats, mais sans grand espoir sur leur issue, je vous invite à soutenir néanmoins la motion PS-JS-PSA et le fonds innovateur pour l'avenir qu'elle promeut.

Präsident. Wir kommen zu den Fraktionssprechern. Ich erteile Grossrat Grupp für die grüne Fraktion das Wort.

Christoph Grupp, Biel/Bienne (Grüne). Ich habe kürzlich in einem kleinen Verein festgestellt, was dem grossen Kanton Bern offenbar auch Schwierigkeiten bereitet: Es ist manchmal schwierig, mit einem unerwarteten Geldsegen umzugehen, wenn man sich gewohnt ist, immer mit einem knappen Budget unterwegs zu sein. Wenn wir schon beim Sprüche-Klopfen sind, nehme ich den mit dem Penalty natürlich gerne auf und sage: Lieber oben links ein Goal schiessen als unten rechts. *(Heiterkeit)* In der vorliegenden Motion geht es um die Verwendung dieser quasi überzähligen 55 Mio. Franken aus der SNB-Ausschüttung. Da wir das Geld im bestehenden SNB-Fonds nicht mehr einlagern oder unterbringen dürfen, und nachdem die vorhergehende Motion abgelehnt wurde, ist klar, dass wir das Geld anderweitig verwenden müssen. Die vorliegende Motion schlägt die Schaffung eines Fonds vor. Die Motion nennt unter Punkt 2 klar den Verwendungszweck: Bildungsangebote, Projekte zur beruflichen Integration und Frühförderung. Die grüne Fraktion anerkennt den Bedarf an Investitionen im erwähnten Bereich. Jede Investition in die Bildung stärkt Menschen und damit auch den ganzen Kanton Bern. Bei diesen Aufgaben handelt es sich eigentlich um notwendige Ausgaben, die normalerweise auch in einem ordentlichen Budget Platz haben sollten. Dass dies nicht oder nicht immer der Fall ist, wissen wir. Durch die 55 Mio. Franken ergäbe sich die Möglichkeit, gezielt in Projekte und Menschen zu investieren. Die grüne Fraktion unterstützt die Motion grossmehrheitlich. Jetzt zur Antwort des Regierungsrats. Diese ist eher zweischneidig, ambivalent. Auch er schlägt die Gründung eines Fonds vor, aber mit einem anderen Verwendungszweck, nämlich für Infrastruktur, Hardware sozusagen. Es stehen sich also gegenüber: eher in Software, also in Menschen, in Ausbildung zu investieren oder eben in Beton.

Generell ein Wort zu Fondslösungen: Die Grünen unterstützen dies gerne. Es hat aber einen Haken, wie wir beim SNB-Fonds sehen. Dieser ist gedeckelt und ist deshalb hier nicht mehr nutzbar. Der Fonds für Investitionsspitzen wurde wieder abgeschafft. Diesen kann man im Moment also auch nicht nutzen. Fonds haben im Kanton Bern immer wieder politische Kontroversen ausgelöst. Manchmal hört man auch das finanzordnungspolitische Argument, man solle nicht Steuer- und Investitionsausgaben vermischen, respektive man solle Steuer- und Fonds-finanzierte Investitionen nicht vermischen. Dies seien zwei verschiedene Paar Schuhe, und dadurch werde die Intransparenz gefördert. Trotzdem würde es vielleicht helfen, wenn man die bestehenden Fonds nicht so eng fassen würde, wie das zum Beispiel beim SNB-Fonds der Fall ist. Wenn man diese ein wenig freier fassen würden, hätten wir diese Deckelung nicht und müssten uns jetzt nicht den Kopf darüber zerbrechen. Fazit: Die Grünen sind dafür, in Bildung zu investieren und damit Menschen zu stärken. Wir stehen der Fondslösung, welche die Motion vorsieht, offen gegenüber. Ich danke Ihnen, wenn Sie dem folgen.

Barbara Streit-Stettler, Bern (EVP). Zukunftsfonds, das tönt sehr gut in den Ohren der EVP. Wir sind damit einverstanden, dass wir als Kanton Bern in unsere Zukunft investieren müssen. Dazu gehört als Schwerpunkt die Bildung, und zwar die lebenslange Bildung, die Förderung im Vorschulalter, die Volksschule, aber auch die sekundäre Bildung, die Berufsbildung und die Weiterbildung. Es tönt schon fast ein wenig abgedroschen, wenn ich sage: Die Bildung ist ein wichtiges Kapital – auch für den Kanton Bern, wenn wir den wirtschaftlichen Anschluss nicht verpassen wollen. Soweit unterstützen wir die Ziele der Motionäre und zeigen dies als EVP auch in unserem politischen Alltag hier im Grossen Rat.

Jetzt wird es aber kompliziert. Trotz allem werden wir nicht nur die Motion, sondern auch das Postulat ablehnen. Weshalb dies? Der Regierungsrat will bekanntlich den Vorstoss als Postulat annehmen. Wenn man aber die Antwort liest, merkt man, dass er dies nicht will, um Geld für die Bildung freizuschaukeln, sondern weil er sich von uns einen Freipass für einen weiteren Fonds ausstellen lassen will. Dies ist es, was wir ablehnen. Für uns sind Fonds keine Allerheilmittel gegen alle Finanzsorgen. Wir sind der Meinung, dass Fonds auch gewichtige Nachteile mit sich bringen. Die Schuldenbremse wird umgangen. Damit beschneidet sich das Parlament selbst. Das Geld ist in den Fonds bekanntlich gebunden und damit aus dem Verkehr gezogen, es kann also nur für bestimmte Zwecke verwendet werden.

Anstatt SNB-Gelder in einem Fonds zu deponieren, erachten wir es in der heutigen Situation als zielführender, mit diesem Geld weitere Sparrunden zu verhindern. Wir als EVP werden uns dafür

einsetzen, dass nicht noch weiter auf dem Buckel der Schwachen gespart wird und dass zum Beispiel auch ein weiterer Abbau bei der Volksschule verhindert wird. Hans Kipfer hat in seinem Votum zum letzten Traktandum bereits Ähnliches gesagt. Im Moment sind in Zusammenhang mit HRM2 auch Fragen offen, wie die Gelder aus den Fonds abgeschrieben werden sollen. Auch dies zeigt, dass Fonds nicht unproblematisch sind. Zudem ist es aus unserer Sicht durchaus möglich, das Investitionsvolumen auch ohne Fonds für eine begrenzte Zeit zu erhöhen. Uns ist völlig klar, dass es in den nächsten Jahren verschiedene Grossprojekte geben wird, die wir finanzieren müssen. Das ist für uns unbestritten. Wir lehnen deshalb vor allem aus finanzpolitischen Überlegungen, und nicht aus bildungspolitischen Gründen, auch das Postulat ab.

Peter Gerber, Schüpfen (BDP). Ich bin neu in diesem Rat. Aber als amtierender Gemeindepräsident ist es mir nicht neu, dass bei einem voraussehbaren Überschuss viele gute Ideen auf den Tisch kommen. Der Vorschlag der Regierung, die zusätzliche Gewinnausschüttung der SNB zur Finanzierung der Investitionsspitzen der Jahre 2022–2027 einzusetzen, finden wir richtig und wichtig. Wenn wir über alle Punkte zusammen abstimmen, wird die Fraktion der BDP mehrheitlich die Annahme als Postulat unterstützen, als politisches Signal für die Fondslösung. Bei einer punktweisen Abstimmung hat die BDP eine differenzierte Haltung.

Präsident. Ich erteile Grossrätin Marti für die SP-JUSO-PSA-Fraktion das Wort.

Ursula Marti, Bern (SP). Wenn man sich als Kanton für die Zukunft gut aufstellen will, muss man in die Bildung und in die Innovation investieren. Und dies ist nicht gratis zu haben, dies kostet etwas. Alle hier im Saal behaupten von sich, dass sie den Kanton Bern voranbringen wollen. Jetzt haben Sie die Gelegenheit dazu, indem Sie diesem Zukunftsfonds für einen innovativen Kanton Bern zustimmen, und zwar mit Geldern, die unplanmässig in unsere Kasse gekommen sind. Gelder, die man also nirgendwo abzwacken muss und die dann nicht an einem anderen Ort fehlen. Gelder, die man nutzen kann, um damit den Kanton und die Menschen, die in diesem Kanton leben, zu stärken. Die Massnahmen, die wir uns vorstellen, sind äusserst aktuell und sie sind auch gezielt. Es ist genau das, was es aktuell braucht. Es sind in erster Linie Bildungsangebote für Arbeitnehmende, die sie fit machen, damit sie in der zunehmend digitalisierten Arbeitswelt ihren Platz finden und ihren Platz auch behalten können. Es geht auch darum, ältere Arbeitnehmende zu unterstützen, damit sie im Arbeitsmarkt bestehen können. Sozialhilfebeziehende und geflüchtete Menschen sollen beruflich integriert werden. Die Frühförderung, die absolut entscheidend ist für den späteren beruflichen Weg, soll ausgebaut werden, ebenso Bildungsangebote, die das volkswirtschaftliche Potenzial eben ganz gezielt verbessern. Das ist es, was wir wollen. Die SP-JUSO-PSA-Fraktion ist felsenfest davon überzeugt, dass es für die Zukunft des Kantons Bern enorm viel mehr bringt, die Gelder für solche Vorhaben zu nutzen, anstatt sie einfach in der Staatsrechnung versickern zu lassen oder noch mehr Schuldenabbau zu betreiben. Zum Schuldenabbau: Die Zinsen sind im Moment tief, wenn nicht sogar negativ. Wir bauen bereits jährlich Schulden ab. Es reicht. Es ist nicht nötig, dass wir noch mehr abbauen. Es bringt dem Kanton viel, viel mehr, wenn wir in die wichtigste Ressource – auch wenn es jetzt vielleicht abgedroschen tönt, aber es ist einfach so, dass Bildung und Innovation die wichtigste Ressource ist – investieren, in gut ausgebildete Fachkräfte.

Zur Antwort der Regierung: Die Regierung empfiehlt, den Vorstoss als Postulat anzunehmen und beschreibt gleichzeitig, dass sie den Fonds, der gebildet werden soll, den wir vorschlagen, auf eine ganz andere Art nutzen will: nämlich für Bau- und Verkehrsprojekte. Ja (*Grossrätin Ursula Marti lacht verhalten*), da haben wir schon leer schlucken müssen. Es ist aber trotzdem so, dass sich unsere Fraktion eine gewisse Ausweitung der Verwendung durchaus vorstellen kann. Aber für uns gilt auch, dass die Gelder weiterhin im Bereich der Bildung und Innovation eingesetzt werden müssen. Das heisst, wir können uns vorstellen, dass man diese Gelder auch für einen Campus Fachhochschule oder für das Ausbildungs- und Forschungszentrum Medizin einsetzt. Was wir aber nicht akzeptieren können, und das werden wir auch nicht akzeptieren, das sind mehr Investitionen in Strassenbau. Wir werden in dieser Session auch Kreditvorlagen behandeln, und dazu werden wir uns genauso, wie ich es jetzt gesagt habe, positionieren und entsprechend entscheiden.

Adrian Haas, Bern (FDP). Wenn plötzlich Geld vorhanden ist, dann werden die Fantasien angeregt. Bildung ist zwar gut. Wir finden es auch wichtig, dass man in die Bildung investiert, aber man könnte genauso gut in die Veloförderung oder die Biodiversität oder vielleicht auch in die Startup-Förderung investieren. Dann hätten wir noch mehr Fonds. Aber was tun Sie, wenn das Geld dann

weg ist? Ein Teil dieser Angebote bleibt und muss weiter finanziert werden. Dies wird dann aus den allgemeinen Mitteln finanziert. Das wollen wir eben gerade nicht. Wir wollen eine nachhaltige Finanzpolitik und kein hüst und hott. Aus diesem Grund lehnen wir den Vorstoss ab, auch als Postulat. Wir wollen solche Fonds grundsätzlich nicht. Sie sind finanzpolitisch verpönt.

Die Nebenfrage, welche die Regierung zusätzlich eingebaut hat, und die eigentlich nicht direkt mit diesem Vorstoss zu tun hat, hat mich ein wenig erstaunt. Aber man kann alles in ein Postulat packen, wenn man möchte, dass man hier darüber diskutiert. Wir sind auch da nicht glücklich über einen solchen Fonds. Dies habe ich bereits ausgeführt, und ich muss nicht länger darauf eingehen: Wir lehnen auch das Postulat ab.

Franziska Schöni-Affolter, Bremgarten (glp). Diese Fondsgeschichte kommt in regelmässigen Abständen immer wieder aufs Tapet. Wir haben gehört: Hardware ein Problem, Software ein Problem. Die glp würde natürlich lieber in Bildung und so weiter investieren. Aber es schleckt keine Geiss weg, dass wir in den nächsten fünf, sechs Jahren Investitionsbedarf haben. Für das Jahr 2023 ist ein doppelter Investitionsbedarf vorgesehen. Das ist eine Tatsache. Mit Blick auf diese Ausgangslage würde ich als Privatperson wahrscheinlich auch etwas auf die hohe Kante legen, damit ich mich später nicht verschulden muss. Die glp ist aber der Meinung, dass solche Fonds nicht wieder zu einem Selbstbedienungsladen werden sollen, wie das beim Fonds zur Deckung von Investitionsspitzen der Fall war. Wenn es nicht mehr gereicht hat, hat man etwas herausgenommen, sonst hat man nichts genommen. So darf es unserer Meinung nach nicht sein.

Wir haben ganz klare Anforderungen, wenn es irgendwie zu einer Fondslösung kommen sollte, wenn die Regierung uns eine plausible Erklärung geben könnte für eine gute Fondslösung. Es müssten langfristige Generationenprojekte ins Auge gefasst werden, die wir aus dem Stand heraus nicht finanzieren können. Es müsste etwas Nachhaltiges sein. Sonst ist die glp gegen eine Fondslösung. Es wäre für die Regierung natürlich bequem, immer wieder ein bisschen aus dem «Kässeli» heraus zu nehmen. Wir sind diesbezüglich kritischer. Für uns gäbe es für solche Generationenprojekte auch die Möglichkeit, dass man kurzfristig, und nur für ein solches Projekt, die Schuldenbremse aushebeln würde – nicht aushebeln, aber einmal stilllegen, wenn es wirklich darauf ankommt. Oder dass man eben Mittel aus der laufenden Kasse nehmen würde. Das wäre für uns *lege artis*. Die Mehrheit der glp-Fraktion könnte sich für eine Fondslösung erwärmen, wenn klar definiert wäre wozu. Also, kein Selbstbedienungsladen. Die Punkte 1 und 3 könnte die Mehrheit der Fraktion als Postulat eventuell annehmen. Punkt 2 kommt auch als Postulat nicht infrage.

Fritz Wyss, Wengi (SVP). Ich kann mich kurzfassen. Ich könnte das Votum von Adrian Haas hervorheben und einfach sagen: dito. Ich glaube, das würde die Meinung der SVP am besten widerspiegeln. Ich mache es trotzdem nicht ganz so einfach. Es ist doch unglaublich, wenn für einen Teil dieses Rats zusätzliche, nicht budgetierte Einnahmen ein so grosses Problem darstellen. Weil wir schon seit Beginn des Traktandums Sprüche klopfen, setze ich noch einen oben drauf, frei nach dem Motto von Gölä: Ich hätte noch viel mehr ausgegeben, wenn ich damals schon gewusst hätte, wie viel Geld ich verjubeln kann. (*Heiterkeit*)

Geschätzter Roland Näf, wir würden im Ernst niemals behaupten, dass die Sachen, die Sie aufgeführt haben, schlechte Ideen wären, ganz und gar nicht. Es ist einfach so, dass wir alles, was Sie aufgeführt haben, eigentlich jetzt schon machen und die Mittel in der laufenden Rechnung haben. Mir ist klar, was Sie möchten. Sie möchten zum Teil diese Dinge verstärken. Das verstehe ich. Aber es ist nicht so, dass wir diese Sachen nicht machen könnten. Unser Ansatz ist einfach ein anderer. Unser Ansatz ist Folgender: Die beste Art, zukünftige Sparpakete zu verhindern und zusätzliche Mittel für solche Möglichkeiten tatsächlich irgendeinmal beschliessen und ausgeben zu können, ist über die laufende Rechnung – ganz klar, über die laufende Rechnung. Das bedeutet, wenn wir zusätzliche Einnahmen haben, wie jetzt, dann lassen wir diese in die laufende Rechnung einfließen. Irgendeinmal werden wir es schaffen, die Schuldenquote tief genug zu haben. Ich bin überzeugt, dass das schneller der Fall sein wird, als wir vielleicht meinen. Ich glaube, gerade bei der ganzen Pensionskassengeschichte werden wir in den nächsten zwei, drei Jahren noch einiges anschauen müssen. Dann braucht es eindeutig keine Fondsfinanzierungen. Fondsfinanzierungen sind nicht nachhaltig. So lange das Abschreibungssystem nicht geregelt ist und, wie momentan, eine unklare Situation besteht, sind Fondsfinanzierungen zwar gut, um Investitionen zu tätigen. Aber damit ist nichts bezahlt, nichts. Das ist das Problem.

Und glauben Sie mir eins: Über Fonds zu investieren – wie es schon Peter Moser gesagt hat, ich verwende den Ausdruck noch einmal – das ist sexy. Das ist cool. Aber die Grossräte, die dann in

10, 15, 20 Jahren hier sitzen, hier die laufenden Rechnungen mit den Abschreibungen, die Budgets beziehungsweise die Rechnungen abnehmen sollen, die werden sagen: Das waren lustige Kerle damals – sie haben ab 2018 investiert, und bezahlen müssen wir jetzt.

Es ist klar, die SVP lehnt diesen Vorstoss, egal ob als Motion oder nicht, in allen Punkten ab. Aber ich sage noch einmal: Es geht nicht darum, dass wir denken, all diese Sachen seien unnötig, sondern darum, dass wir die meisten Dinge in der laufenden Rechnung bereits machen.

Präsident. Der Motionär, Grossrat Näf, wünscht vor der Regierungsrätin noch einmal das Wort.

Roland Näf, Muri (SP). Vielen Dank für die vielen spannenden Argumente. Es war wirklich einmal spannend zuzuhören. Ich möchte zuerst auf das Votum von Fritz Wyss eingehen. Ich denke, das war eine sehr differenzierte Argumentation. Ich bin aber wirklich überzeugt, dass wir etwas Neues ausprobieren müssen, vor allem in Zusammenhang mit der Digitalisierung. Ich glaube nicht, dass wir das im normalen Rahmen, mit dem laufenden Budget, schaffen werden. Das ist meine Überzeugung. Dort bestehen unterschiedliche Auffassungen. Adrian Haas hat mich überrascht. Ich war erstaunt, dass für den Handels- und Industrieverein (HIV) Veloförderung, Biodiversität und Bildung in Bezug auf die Bedeutung für die Volkswirtschaft auf demselben Niveau sind. Das hat mich erstaunt. Auch zur Argumentation der EVP muss ich etwas sagen. Es wurde gesagt, das Parlament beschränke sich selber. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lesen Sie Punkt 3: Es ist das Parlament, also wir, die sagen, was mit dem Geld konkret geschieht. Wir werden mehr Möglichkeiten haben als bisher. Die EVP hat weiter argumentiert, man wolle keine weiteren Sparmassnahmen. Liebe Kolleginnen und Kollegen der EVP – wenn ich jetzt falsch liege, bin ich froh, wenn die Finanzdirektorin mich korrigiert. Wenn wir Ende Jahr 55 Mio. Franken, vielleicht etwas weniger oder etwas mehr, im Plus sind, dann hat das keine Bedeutung in Bezug auf zukünftige Sparmassnahmen. Das geht Ende Jahr schlicht und einfach in den Schuldenabbau. Bitte korrigieren Sie mich, wenn ich da falsch liege. Von den Grünliberalen haben wir gehört: Schuldenbremse aushebeln. Liebe Franziska Schöni, wir wissen, wie eng die Schuldenbremse im Kanton Bern ist, auch im Vergleich mit der nationalen Schuldenbremse. Das braucht auf Gesetzesebene einen derartigen Anlauf und derart viele Änderungen, dass man irgendwann einmal, vielleicht im Jahr 2022 etwas ändern könnte, wenn der Wille hier im Rat überhaupt vorhanden ist. Und zum Schluss noch: Es ist klar, ich meine, wir haben von der Frau Finanzdirektorin den Penalty auf dem Tisch. Also, ich glaube, der Investitionsfonds ist dann immer noch besser beim Penaltyschiessen als gar nichts, wie wir es hier auch gehört haben. Vor diesem Hintergrund ist klar: Ich muss wandeln.

Präsident. Der Motionär hat in ein Postulat gewandelt. Ich erteile der Finanzdirektorin das Wort.

Beatrice Simon, Finanzdirektorin. Ich habe Sie vorhin im Detail über die Absichten des Regierungsrats informiert. Deshalb kann ich mich nun kurzfassen.

Ich möchte noch einmal festhalten: Der Regierungsrat will die 55 Mio. Franken aus der Gewinnausschüttung ebenfalls einem Fonds zuweisen. Er will dies, ebenso wie Grossrat Näf, zukunftsgerichtet tun. Aber – und das ist die Differenz zwischen und beiden – der Regierungsrat will die 55 Mio. Franken dort einsetzen, wo es aus finanzpolitischer Sicht dringender ist. Wir sehen eben, dass es in Bezug auf die Investitionen dringender ist. Das Anliegen als solches ästimieren wir, es ist gerechtfertigt, aber nicht so, wie es Grossrat Näf will. Deshalb empfehlen wir, das Postulat anzunehmen.

Präsident. Hat irgendjemand punktweise Abstimmung verlangt? – Die glp hat punktweise Abstimmung verlangt. Wir stimmen punktweise ab über ein Postulat. Zu Punkt 1: Wer dem Postulat zustimmt, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 1 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	65
Nein	73
Enthalten	1

Präsident. Sie haben dieses Postulat in Punkt 1 abgelehnt mit 73 Nein- zu 65 Ja-Stimmen bei 1 Enthaltung. Wir kommen zu Punkt 2. Wer Punkt 2 dieses Postulats annehmen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 2 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	42
Nein	96
Enthalten	0

Präsident. Sie haben Punkt 2 mit 96 Nein- zu 42 Ja-Stimmen bei keiner Enthaltung abgelehnt. Somit kommen wir noch zu Punkt 3, damit wir auch diesen geregelt haben. Wer Punkt 3 als Postulat überweisen will, stimmt Ja, wer dies ablehnt, stimmt Nein.

Abstimmung (Ziff. 3 als Postulat)

Der Grosse Rat beschliesst:

Ablehnung

Ja	58
Nein	77
Enthalten	3

Präsident. Sie haben auch Punkt 3 abgelehnt, mit 77 Nein- zu 58 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen. Damit sind wir am Ende der ersten Sessionswoche der neuen Legislaturperiode angelangt. Ich bitte Sie, sämtliches Material wegzuräumen. Morgen Freitag tagt die Synode. Diese kann das Material des Grossen Rats nicht gebrauchen. In rund einer Viertelstunde bis zwanzig Minuten fährt vor dem Rathaus der Bus in Richtung Zwieselberg ab. Wer nicht weiss, wo der Zwieselberg liegt, findet ihn auf diese Weise. Wer mit dem Auto hinfährt, soll die Koordinaten ins Navigationsgerät eingeben. Jenen, die nicht mitkommen, wünsche ich ein schönes Wochenende und hoffe, sie am Montag-nachmittag gesund und munter wiederzusehen. Die Sessionssitzung ist geschlossen.

Hier werden die Beratungen unterbrochen.

Schluss der Sitzung um 15.00 Uhr.

Die Redaktorinnen:

Corinne Zalka Schweizer (d)

Sara Ferraro (f)